



Bewegung beim Thema Straßenausbaubeiträge

Auch gestern haben sich erneut zahlreiche Bürgerinnen und Bürger vor der Wandelhalle versammelt, um Präsenz zu zeigen und gegen die Straßenausbaubeiträge zu protestieren. Wie bereits bei den vergangenen Demonstrationen verlief auch diese Veranstaltung friedlich und in ruhiger Atmosphäre.

Auffällig war diesmal vor allem eines: Die starke Präsenz von Polizei und Ordnungsamt scheint inzwischen deutlich nachzulassen. Während bei der ersten Demo noch drei Polizeifahrzeuge mit sechs Einsatzkräften sowie zwei Mitarbeiter des Ordnungsamtes vor Ort waren, war gestern von beiden Behörden niemand mehr zu sehen. Offenbar hat man erkannt, dass die Proteste geordnet und friedlich ablaufen.

Immer mehr Stadtverordnete nutzen inzwischen die Gelegenheit, direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Auch Bürgermeister Ralf Gutheil nahm sich Zeit, die Menschen zu begrüßen und mit ihnen zu „schnuddeln“. Ebenso bemerkenswert: Der Seiteneingang der Wandelhalle wird nicht mehr genutzt. Die Abgeordneten gehen ganz selbstverständlich an den Demonstrierenden vorbei – oft sogar mit einem freundlichen Gruß. Man hat zunehmend den Eindruck, dass das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen wird.

Und tatsächlich scheint sich etwas zu bewegen: Die SPD hat einen Antrag gestellt, mit dem das Thema Straßenausbaubeiträge erstmals seit 2020 wieder offiziell in der Stadtverordnetenversammlung aufgegriffen wurde. Nun soll geprüft werden, welche Möglichkeiten es zur Reduzierung der Beiträge gibt. Einigkeit besteht offenbar darüber, dass Handlungsbedarf besteht.

SPD-Fraktionsvorsitzender Axel Finger machte deutlich, dass die Baukosten mittlerweile so stark gestiegen seien, dass man den Bürgerinnen und Bürgern solche hohen Einmalzahlungen kaum noch zumuten könne. Gleichzeitig ist aber auch klar: Die Haushaltslage der Stadt lässt kaum Spielraum zu.

Warum das so ist, wurde während der Sitzung ebenfalls deutlich. Herr Vaupel stellte den Tagesordnungspunkt der CDU vor. Künftig sollen die Stadtverordneten bei Baumaßnahmen ab 250.000 Euro frühzeitig informiert werden. Hintergrund ist unter anderem die Entwicklung rund um die Wandelhalle in Reinhardshausen: Für die ursprünglich geplante Glasfassadensanierung waren zunächst rund 900.000 Euro vorgesehen. Mittlerweile liegen die Kosten jedoch bei knapp vier Millionen Euro – und die Arbeiten sind noch längst nicht abgeschlossen. Weitere Maßnahmen sind nötig, um die Wandelhalle überhaupt wieder vollständig in Betrieb nehmen zu können.

Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger schütteln angesichts solcher Entwicklungen nur noch den Kopf. Viele fragen sich: Was ist hier eigentlich schiefgelaufen? War es Fehlplanung, mangelnde Kontrolle oder schlicht Ineffizienz? Fest steht: Mit diesen Summen hätte man den Ausbau des Hohlwegs problemlos finanzieren können. Und mit etwas Kreativität wäre vermutlich sogar noch Platz für eine Kinderskulptur oder ein kleines Denkmal für Herrn Gutheil gewesen – schließlich ist er in dieser Gegend groß geworden.